

schläge hätten die volle Unterstützung zahlreicher Mitglieder des Sicherheitsrates, inklusive Frankreichs, das ähnliche Änderungsvorschläge eingereicht habe.

Italiens Präsident Carlo Azeglio Ciampi hob in einem Brief an Hu Jintao hervor, welch zentrale Rolle China bei einer stärkeren Einbindung der Vereinten Nationen im Irak spiele.

In einem Telefongespräch zwischen Hu Jintao und Bush am 29. Mai betonte Hu noch einmal, der richtige Weg sei, die volle Souveränität des Irak so bald wie möglich wiederherzustellen, freie demokratische Wahlen schnellstmöglich abzuhalten und eine irakische Regierung mit starker Einbindung der Vereinten Nationen, die eine zentrale Rolle spielten, entstehen zu lassen. Bush erklärte, dass die USA weiterhin gerne in dieser Sache mit China kooperieren möchten. (RMRB, 7., 13., 28.5.04, nach BBC PF, 7., 13., 28.5.04; XNA, 10., 11., 17., 18., 25., 26., 27., 29.5.04; Xinhua, 11., 18., 19., 20., 25., 27.5.04, nach BBC PF, 11., 18., 19., 20., 25., 27.5.04) -eva-

### 8 Keine Entschädigung für chinesische Zwangsarbeiter in Japan

Einer Entscheidung des Obergerichtes Fukuoka zufolge erhalten 15 chinesischen Kläger, die während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit in japanischen Kohleminen verrichten mussten, keine Entschädigung. Die Männer gehörten zu einer Gruppe von etwa 3.000 Chinesen, die zwischen Juli 1943 und März 1945 in westjapanischen Kohleminen der Firma Mitsui Mining Co. arbeiteten. Das Gericht bestätigte zwar, dass der japanische Staat und das Unternehmen gemeinsam daran beteiligt waren, die 15 Männer nach Japan zu bringen, wo sie unbezahlt und unter schlechten Arbeitsbedingungen zur Arbeit im Bergbau gezwungen wurden, jedoch sei ihr Anspruch auf Entschädigung verjährt, da es ihnen seit 1986 möglich gewesen sei, ins Ausland zu reisen und somit Klage zu erheben.

Dieser Gerichtsbeschluss hob eine Entscheidung des Bezirksgerichtes Fukuoka vom April 2002 auf, in dem die Mitsui Mining Co. zur Zahlung von 165 Mio. Yen (ca. 1,5 Mio. US\$) verur-

teilt worden war. Der aktuelle Richterspruch könne auch Auswirkungen auf noch ausstehende Gerichtsentscheidungen bezüglich der Entschädigung ehemaliger chinesischer Zwangsarbeiter haben, so die japanische Nachrichtenagentur Kyodo. Bisher wurden hierzu acht Urteile von Bezirksgerichten ausgesprochen, die zu sehr widersprüchlichen Entscheidungen kamen.

Verschiedene chinesische Organisationen, wie die All China Lawyers Association, protestierten gegen die aktuelle Gerichtsentscheidung und nannten sie „unverantwortlich“. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte, Zwangsarbeit sei eine der gravierendsten Taten, die Japan gegenüber China verübt hätte und forderte die japanische Regierung daher auf, die Thematik angemessen und in verantwortlicher Weise zu behandeln. (XNA, 24., 25.5.04; Kyodo News Service, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04) -cam-

### 9 Tschechisches Radar soll nicht an China verkauft werden

Die dreijährigen Verhandlungen der tschechischen Firma Omnipol mit Beijing sind schließlich doch gescheitert: Die Tschechische Republik stoppte einen Export des Radar-Überwachungssystems Vera an China. Die Anfang 2004 erteilte Genehmigung durch das Handels- und Industrieministerium wurde zurückgezogen, was letzten Endes auf einen Appell der amerikanischen Regierung zurückzuführen ist. US-Präsident Bush und Außenminister Powell hatten gegenüber dem tschechischen Ministerpräsidenten Vladimir Spidla ihre Bedenken dahingehend geäußert, dass Vera, einmal in die Hände der Chinesen gelangt, vor Taiwan stationierten amerikanischen Schiffen und Flugzeugen gefährlich werden könnte. Vera, ein so genanntes „passives Radar“, kann Wellen zwar empfangen, nicht aber aussenden, wodurch es sich vorzüglich zur Ortung feindlicher Radarsysteme eignet. Die Vereinigten Staaten hatten überdies Bedenken, dass das System über China auch an andere Staaten, wie zum Beispiel den Iran, verkauft werden könnte. Außerdem, so der US-Standpunkt, würde ein Verkauf des

Radars das EU-Waffenembargo verletzen. Das tschechische Kabinett beschloss daraufhin, dass die Ausfuhr „nicht im außenpolitischen Interesse Tschechiens“ sei.

Die Prager Regierung verzichtete aber nur auf den Verkauf, wenn nun statt China die USA das Radar kaufen. Über eine Zusage seitens der USA wurde bisher nichts bekannt. Geplant war der Verkauf von zehn Systemen des Typs Vera für ca. 47 Mio. Euro an China. Die chinesische Regierung hat sich indes nicht offiziell zum Scheitern der Verhandlungen geäußert. (HB, 21.5.04; FAZ, 21.5.04) -eva-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 10 Weißbuch zur Autonomie Tibets veröffentlicht

Am 23. Mai veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats der Volksrepublik ein Weißbuch mit dem Titel „Regionale ethnische Autonomie in Tibet“ (*Xizang de minzu quyü zizhi*). Das Dokument habe das Ziel, „das Verständnis der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich Chinas Minderheitenpolitik“ in Tibet zu erhöhen, so die Verfasser. Darüber hinaus soll das Papier über die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der Autonomen Region in den letzten 40 Jahren informieren. Der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge handelt es sich um das erste Weißbuch dieser Art in der Geschichte der Volksrepublik.

Tatsächlich reiht sich der Text nahtlos in einen Kanon von Dokumenten ein, die alle darauf abzielen, ausländische Kritik an Chinas Tibetpolitik zu entkräften (vgl. C.a., 1999/9, Ü 12; 2000/6, Ü 29; 2001/11, Ü 9). So veröffentlichte das Informationsbüro in den letzten Jahren beispielsweise Weißbücher (*baipi shu*) zu Menschenrechten in Tibet (1998), zur realen Praxis der chinesischen Minderheitenpolitik (1999), zur Entwicklung der tibetischen Kultur (2000), sowie zur Modernisierung Tibets (2001). Die bisherigen Papiere versuchten den Nachweis zu erbringen, dass Chinas Minderhei-

tenpolitik die kulturellen Eigenheiten der Tibeter schütze und der Entwicklung der Region diene. Das aktuelle Dokument konzentriert sich auf die politischen Freiheiten der Tibeter und argumentiert, dass die Gestaltungsmöglichkeiten des autonomen Gebietes in erheblichem Maße für den Fortschritt der Region verantwortlich seien.

Das neueste Weißbuch gliedert sich in fünf Teile. Im ersten Kapitel liefert das Informationsbüro eine eigene Darstellung der historischen Entwicklung Tibets. Dabei wird zunächst erklärt, die Region sei seit der Yuan-Dynastie ein Teil Chinas und habe bis in die Republik-Zeit unter chinesischer Führung kontinuierlich einen hohen Grad an Autonomie genossen. Die damals herrschende „theokratische Elite“ Tibets habe jedoch eine feudale Gesellschaftsordnung aufrechterhalten, die „dunkler und rückständiger als das mittelalterliche Europa“ gewesen sei. Erst durch die Gründung der Volksrepublik 1949 konnten die Tibeter darauf hoffen, „die Kontrolle über ihr eigenes Schicksal innerhalb der großen Familie des Mutterlandes“ zu erlangen. Mit der Unterzeichnung des „17-Punkte-Abkommens“ (*shiqi tiao xieyi*) am 23. Mai 1951 sei die „friedliche Befreiung“ (*heping jiefang*) Tibets endgültig abgeschlossen worden. Die „bewaffnete Rebellion der herrschenden Oberschicht“ Tibets im Jahr 1959 sei „trotz Unterstützung imperialistischer Mächte vom tibetischen Volk unter Leitung der Zentralregierung rasch niedergeschlagen“ worden. In der Folge seien „eine Million Leibeigene und Sklaven“ mit Hilfe demokratischer Reformen emanzipiert worden. Abschließend nennt das Kapitel zahlreiche politische Erfolge, welche seit den 60er Jahren die wirtschaftliche und soziale Situation in Tibet verbessert hätten.

Das zweite Kapitel des Weißbuches trägt die Überschrift „Das tibetische Volk genießt das volle politische Recht der Autonomie“. Die Herausgeber schildern das politische System Tibets sowie das Wahlrecht der Autonomen Region. Zahlreiche statistische Daten sollen zeigen, dass die Tibeter wahrlich die „Herren im eigenen Haus“ (*dangjia zuozhu*) sind. So wird etwa die Wahlbeteiligung für das Jahr 2002 mit über 90% ausgewiesen. Da-

rüber hinaus wird belegt, dass Tibeter und andere ethnische Minderheiten die Mehrheit in verschiedenen Institutionen der Autonomen Region stellen. Der ständige Ausschuss des tibetischen Volkskongresses (*renmin daibiaohui changwu weiyuanhui*) soll sich zum Beispiel zu 90,42% aus Tibetern und anderen lokalen Volksgruppen zusammensetzen. Ähnlich optimistische Zahlenspiele werden für Repräsentationsorgane auf nationaler Ebene durchgeführt – etwa für den Nationalen Volkskongress und dessen Ständigen Ausschuss. Als weiterer Indikator für den Grad tibetischer Selbstverwaltung und Mitbestimmung wird die Zahl der lokalen Gesetze und Verordnungen (*difangxing faqui*) gewertet, welche der Volkskongress der Autonomen Region Tibet seit seiner ersten Plenarsitzung im Jahr 1965 verabschiedet hat. Dem Weißbuch zufolge existieren heute 220 solcher Vorschriften, die sich etwa mit dem Erhalt kultureller Relikte, dem Schutz der Umwelt und touristischen Fragen beschäftigen. Des Weiteren habe die Autonome Region Tibet die Möglichkeit, nationale Gesetzgebungen zu umgehen, wenn deren Inhalte den kulturellen Eigenheiten auf dem Hochplateau widersprechen. Das Dokument nennt mehrere Beispiele: So liegt die Arbeitswoche in Tibet bei 35 Stunden (fünf Stunden unter dem nationalen Standard), das gesetzliche Heiratsalter ist zwei Jahre niedriger als landesweit üblich, und zahlreiche tibetische Feiertage wurden zusätzlich zu den nationalen Feiertagen in den Kalender der Autonomen Region Tibet aufgenommen. Diese flexible Handhabung der nationalen Gesetzgebung in Tibet habe die Sonderrechte und -interessen (*teshu quananyi*) des tibetischen Volkes effektiv geschützt, so die Darstellung der Autoren.

Das dritte Kapitel des Dokumentes beschäftigt sich mit der Freiheit der Tibeter, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen der Region zu bestimmen. So habe die Autonome Region etwa das Recht, Sonderregelungen und flexible Maßnahmen zu ergreifen, um die ökonomische und kulturelle Entwicklung Tibets voranzutreiben. Die tibetische Verwaltung könne unabhängig von der Zentralregierung Entwicklungsprojekte organisieren, die örtlichen Ressourcen nutzen

sowie eigenständige Politik in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur, Finanzen und Steuern verfolgen. Außerdem habe die Zentralregierung Chinas der Region eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Begünstigungen gewährt. Bauern und Hirten seien beispielsweise von Steuern und Gebühren ausgenommen und erhielten kostenfrei medizinische Versorgung. Der Zinssatz für Kredite liege zwei Prozentpunkte unter dem Wert anderer Regionen, und auch Versicherungsprämien würden niedriger besteuert als im restlichen Land. Nach Ansicht der Verfasser des Weißbuches habe die Autonome Region Tibet diese Privilegien in den vergangenen 40 Jahren ausgiebig genutzt und so die Modernisierung der Region erheblich vorangetrieben. Mehrere Statistiken werden hierzu angeführt, etwa zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, zur Höhe von Infrastrukturinvestitionen oder zur Entwicklung des Tourismus. Auch in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Bildung sollen Zahlenreihen den Leser von positiven Trends in Tibet überzeugen. So informiert das Weißbuch beispielsweise darüber, dass 33,9% der Fläche Tibets heute als Naturschutzgebiet gelten, dass die Analphabetenrate in den vergangenen vier Dekaden von 95% auf 30% gesunken sei und dass gegenwärtig im Gesundheitswesen 6.216 Betten und 8.287 medizinische Helfer zur Verfügung stünden.

Im vierten Kapitel fasst das Informationsbüro des Staatsrats die Entwicklungen im kulturellen Bereich zusammen. Eine umfangreiche Gesetzgebung schütze beispielsweise die tibetische Sprache: Chinesisch und Tibetisch müssen demgemäß parallel in allen Schulen unterrichtet werden. Auch müssen alle Regierungs- und Verwaltungsdokumente der Autonomen Region zweisprachig herausgegeben werden. Darüber hinaus bestehe heute ein umfangreiches Angebot an tibetischen Fernsehsendern, Nachrichtenmagazinen und Zeitungen, so das Weißbuch. Neben der Sprache genießen auch Religionen eine ausgedehnte Unterstützung von staatlicher Seite, und zwar sowohl der tibetische Buddhismus als auch der Islam und der Katholizismus Tibets. Ein besonderes Augenmerk habe die Zentralregierung jedoch darauf gelegt, das

Abstammungssystem der tibetischen Großlamas (*huofo zhuanshi zhidu*) zu respektieren. Es seien seit der demokratischen Reform Tibets insgesamt 30 lebende Buddhas von der Zentralregierung und der Regierung Tibets anerkannt worden.

Das letzte Kapitel des Weißbuches greift direkt die Gegner der chinesischen Tibetpolitik an, allen voran den Dalai Lama und seine „Clique“ (*Dalai jituan*). Die Vorwürfe des Dalai Lama, die regionale Autonomie Tibets sei „inhaltsleer“, seien unhaltbar. Die Verfasser stellen die Entwicklung Tibets als einen natürlichen Prozess dar, dessen wirtschaftliche und soziale Erfolge für sich sprächen. Die Tibetpolitik der Zentralregierung stünde im Einklang mit internationalen Dokumenten und Übereinkünften, wie etwa der UN-Erklärung zu den Rechten von Minderheiten, und sei historisch legitimiert. Aus diesen Gründen hoffe die Zentralregierung, dass der Dalai Lama „der Realität ins Auge sehen, die Lage korrekt einschätzen, seine Position zur 'tibetischen Unabhängigkeit' aufgeben und in den kommenden Jahren etwas Nützliches zum Fortschritt Chinas und der Region Tibets beitragen“ werde.

Nach Angaben von Xinhua begrüßten chinesische Intellektuelle die Veröffentlichung des Weißbuches. Die staatliche Nachrichtenagentur zitiert mehrere Tibetologen und Sozialwissenschaftler, die den Dalai Lama in diesem Zusammenhang als „Repräsentanten von Sklavenhaltern“ bezeichnen. „Ist es nicht klar wie der Tag, wer die fundamentalen Interessen des tibetischen Volkes vertritt?“, so lautete beispielsweise die rhetorische Frage eines Wissenschaftlers am Chinesischen Forschungszentrum für Tibetologie (CTRC).

Von ausländischer Seite wurde das Weißbuch kritischer aufgenommen. Westliche Beobachter gaben zu bedenken, dass die chinesische Tibetpolitik nur in der Theorie Freiheit und Autonomie gewähre. Praktisch würden alle wichtigen Verwaltungspositionen von Han-Chinesen bekleidet. Auch die chinesische Position gegenüber dem Dalai Lama sei fragwürdig. So weist das *Wall Street Journal* zum Beispiel darauf hin, dass der Dalai Lama nicht die Unabhängigkeit Ti-

bets verfolge, sondern lediglich mehr Autonomie zum Schutze von Sprache, Religion und Kultur fordere. In den vergangenen Jahren hatte der Dalai Lama mehrfach Repräsentanten in die Volksrepublik entsendet, um über diese Punkte zu verhandeln. Bislang blieben die Versuche jedoch ohne nennenswerten Erfolg (C.a., 2002/9, Ü 11). Der Dalai Lama erhielt 1989 den Nobelpreis für seinen gewaltlosen Einsatz für mehr Freiheiten in Tibet. (*White Paper: Regional Ethnic Autonomy in Tibet*, Volltext Englisch: [http://news.xinhuanet.com/english/2004-05/23/content\\_1485515.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2004-05/23/content_1485515.htm); Volltext Chinesisch: <http://www.china.org.cn/ch-book/20040524/index.htm>), 23.5.04; WSJ, 23.5.04; XNA, 23., 24.5.04; Xinhua, 23.5.04, nach BBC PF, 25., 26.5.04; *China Tibet Information Center* online, 24.5.04) -fs-

## 11 Regierung plant Wiedervereinigungsgesetz

Bei einem Treffen mit Auslandschinesen in London erklärte Ministerpräsident Wen Jiabao am 10. Mai, er würde ein legislatives Mandat für die Wiedervereinigung mit Taiwan befürworten. Damit eröffnete er den Weg für die mögliche Ausarbeitung eines Wiedervereinigungsgesetzes, für das bereits seit längerer Zeit Vorschläge kursieren.

Nach einem Bericht der Zeitung *China Daily* von Mitte Mai habe Wen dabei den Vorschlag von Shen Shang, dem Präsidenten des „Rates zur Förderung der Nationalen Wiedervereinigung Chinas in England“, aufgegriffen. Dieser hatte bei dem Treffen gefordert, dass die chinesische Regierung ein Wiedervereinigungsgesetz verabschiede. Dies sei ein essenzieller Schritt, um Taiwans Bemühungen nach Unabhängigkeit zu beenden, so Shen. Der *China Daily* zufolge habe Wen darauf geantwortet: „Ihre Ansichten zur Wiedervereinigung des Mutterlandes sind sehr, sehr wichtig. Wir werden sie ernsthaft bedenken.“ Außerdem erklärte der Premier mit ungewohnt harter Rhetorik, die Wiedervereinigung des Landes sei „wichtiger als unser Leben“.

Noch in derselben Woche gab der Sprecher des „Taiwan Affairs Office“

(TAO) des Staatsrats bekannt, dass die Zentralregierung legale Maßnahmen zur Wiedervereinigung des Landes in Betracht zöge und verschiedene Vorschläge zu diesem Thema prüfe. Einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Ming Pao* zufolge habe Beijing bereits mit der Vorarbeit zu einem „Nationalen Wiedervereinigungsgesetz“ begonnen. Insiderinformationen zufolge soll ein Entwurf des Juraprofessors Yu Yuanzhou aus Wuhan (Provinz Hubei) als Grundlage für das Gesetz in Frage kommen.

Yu hatte bereits im November 2002 über 1.000 Kopien seines Vorschlages für ein „Gesetz der VR China zur Förderung der Wiedervereinigung“ an Akademiker und Regierungsabteilungen der Volksrepublik versandt. Das Dokument sei damals auf wenig Interesse gestoßen, berichtet die *South China Morning Post*. Zwar sei Yu Yuanzhou zu einem Gespräch in das TAO eingeladen worden, sein Entwurf habe dort jedoch längere Zeit die untersten Arbeitsebenen der Behörde nicht verlassen. Angesichts des neu aufgekommenen Interesses an einem Wiedervereinigungsgesetz ist der Vorschlag des Juristen aus Wuhan nun in den Vordergrund der Diskussion gerückt.

Gemäß dem Bericht der *Ming Pao* deckt der Entwurf von Yu Yuanzhou in acht Kapiteln und 31 Artikeln unter anderem wirtschaftliche, monetäre und finanzielle Anreize zur Förderung einer Wiedervereinigung ab. Darüber hinaus beschäftigt sich die Vorlage mit den Möglichkeiten sowohl einer friedlichen als auch einer militärischen Wiedervereinigung. Eine friedliche Angliederung Taiwans könnte demnach auf zwei Weisen erfolgen: Zum einen könnte sich die Insel als „Sonderverwaltungsregion Taiwan“ dem Festland anschließen. Zum anderen könnte die Gründung einer „Bundesrepublik China“ die Lösung des Problems liefern: In einem solchen Modell würden die Volksrepublik China und die Republik China gemeinsam eine Bundesregierung stellen, die das vereinigte Land auf der internationalen Bühne vertreten könnte. Beide Bundesstaaten würden jedoch über autonome Legislative, Exekutive und Judikative verfügen, so der Vorschlag.

Der Gesetzesentwurf würde eine militärische Intervention auf Taiwan für drei Szenarien legitimieren: Erstens, sollte Taiwan seine Unabhängigkeit erklären oder beträchtliche Maßnahmen zur Erlangung seiner Unabhängigkeit ergreifen. Zweitens, sollten ausländische Mächte militärisch auf der Insel einfallen. Drittens, sollte die taiwanesishe Führung den Prozess einer friedlichen Wiedervereinigung auf unbestimmte Zeit behindern oder hinauszögern. Beim Eintreten eines dieser drei Szenarien könnte die Zentralregierung dem Gesetz zufolge ohne Konsultation des Nationalen Volkskongresses die Zeit, den Ort und die Art eines militärischen Angriffes bestimmen. Darüber hinaus wäre ein Angriff weder auf die taiwanesischen Inseln Jinmen und Mazu noch auf den Einsatz konventioneller Waffen beschränkt.

Ebenfalls von Bedeutung sind die im Entwurf enthaltenen Klauseln zu „Verantwortlichkeit und Straferlass“ bei Behinderung des Wiedervereinigungsprozesses. Der Vorschlag von Yu Yuanzhou lautet: Wenn ein chinesischer Bürger mit Wohnsitz in der Volksrepublik, in Taiwan, Hongkong oder Macau den Wiedervereinigungsplänen der Zentralregierung schade, so werde sein Vergehen von staatlicher Seite zu Protokoll gegeben und über eine Periode von hundert Jahren verfolgt. Landesverrat und Spionage werden in der Volksrepublik mit dem Tode bestraft. Mit übermäßig drakonischer Strafverfolgung sei gemäß seines Entwurfes jedoch nicht zu rechnen, erklärte Professor Yu in der *South China Morning Post*. Das Gesetz würde sich nicht gegen Hongkonger oder Taiwanesen richten, die lediglich Sympathie für Taiwan äußerten, sondern vielmehr gegen „Hardliner-Separatisten“ wie den taiwanesischen Präsidenten Chen Shui-bian, so Yu.

Nach Angaben von Mitarbeitern des Nationalen Komitees der Politischen Konsultationskonferenz Chinas (CPPCC) ist die Initiative zu einem Wiedervereinigungsgesetz nicht neu: Bereits im Jahr 2000 sei ein solcher Vorschlag gemacht, wegen der Sensibilität des Themas jedoch nur mit Zurückhaltung weiterverfolgt worden. Das aktuelle Interesse an einer solchen Gesetzgebung sei vor allem dadurch zu erklären, dass Taiwans Re-

gierungschef Chen Shui-bian mit seinen Plänen zu einer eigenen Verfassung de jure die Unabhängigkeit der Insel bis 2008 anstrebe, schreibt die *China Daily*. Inwieweit das Projekt der nationalen Wiedervereinigung tatsächlich in eine legale Form gegossen werden wird, bleibt zunächst abzuwarten: Ein Regierungssprecher erklärte Ende Mai, dass die Legislative der Volksrepublik bislang noch keine konkreten Verfahrensschritte für ein solches Gesetz unternommen habe. (CD, 11., 12.5.04; XNA, 13., 25.5.04; MBY, 19.5.04; SCMP, 22.5.04, nach BBC PF, 23.5.04; SCMP, 27.5.04) -fs-

## 12 Neue Maßnahmen sollen illegale Landnutzung einschränken

Mitte Mai erklärte der Vizeminister des Bauministeriums, Qiu Baoxing, dass der Staat zukünftig mehr Kontrolle über die Landnutzung in der Volksrepublik übernehmen werde. Bereits seit letztem Jahr versuchten sowohl das Bauministerium (*jianshe bu*) als auch das Ministerium für Land und Ressourcen (*gotu ziyuan bu*) irreguläre und exzessive Landnutzung für industrielle Projekte zu zügeln. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua gab im Mai bekannt, dass in urbanen Gebieten die Anzahl der vom Staat bewilligten Baugenehmigungen im ersten Quartal des Jahres bereits um 46% gesunken sei. Über 130.000 Fälle von Missbrauch seien aufgedeckt worden, so Xinhua. Dennoch konnte die Zentralregierung zahlreiche Probleme bislang nicht zufrieden stellend lösen.

Nach Aussage von Qiu Baoxing bestünde eine der zentralen Herausforderungen darin, so genannte „Image-Projekte“ zu verhindern. Qiu erklärte, viele Bauvorhaben dienten keinem wirtschaftlichen oder sozialen Ziel und seien allein darauf ausgerichtet, das Ansehen einer Stadt oder bestimmter Regierungsmitglieder zu fördern. Darüber hinaus würden zahlreiche Kader von Bauunternehmern Provisionen für genehmigte Projekte erhalten. In der Folge würde beispielsweise die Hälfte der 6.000 Industrieparks, die in den vergangenen sieben Jahren landesweit errichtet worden waren, nicht benötigt, so der Vizeminister. Durch die

Verschwendung von Geld und Arbeitskräften sei jedoch die Entwicklung der Infrastruktur vielerorts zu kurz gekommen. Diese Schieflage gelte es nun zu beheben.

Ein weiteres Problem sei die massive Zwangsumsiedlung von Anwohnern in urbanen Regionen sowie von Farmern, die häufig mit kommerziellen Bauprojekten einhergehe. Zuletzt war im Mai ein Fall in der Stadt Chenzhou (Provinz Hunan) zu landesweiter Bekanntheit gelangt: Für den Bau eines ca. 15 Millionen Euro teuren Einkaufszentrums wurden über 7.000 Menschen umgesiedelt. Besondere Empörung rief eine örtliche Gesetzgebung hervor, in der die Lokalverwaltung uneinsichtigen Anwohnern Strafen „für den Rest ihres Lebens“ angedroht hatte. Wie die *South China Morning Post* schreibt, ist dieser aktuelle Fall jedoch bei weitem nicht das gravierendste Beispiel für Enteignung und Vertreibung in der Volksrepublik. Nach Angaben des Ministers für Land und Ressourcen, Sun Wensheng, hätten in den vergangenen Jahren zehntausende Bauern ihr Farmland für zum Teil äußerst geringe Entschädigungen verlassen müssen. Sun geht davon aus, dass der Staat enteigneten Farmern heute umgerechnet etwa 1,2 Milliarden Euro schuldet.

Mit mehreren Maßnahmen will die Regierung ihre Kampagne gegen irreguläre und illegale Landnutzung nun verstärken, erklärte Qiu Baoxing. In den kommenden Monaten sollen Provinzregierungen umfangreiche Untersuchungen durchführen und örtliche Kader, die so genannte „Image-Projekte“ unterstützen, zur Rechenschaft ziehen. Baufirmen, die durch Bestechungsversuche auffallen, sollen auf einer staatlichen „schwarzen Liste“ aufgeführt werden. Betroffene Unternehmen sollen dann nur noch eingeschränkt Baugenehmigungen erhalten, in schwer wiegenden Fällen sogar vom Markt ausgeschlossen werden. Pilotprojekte wurden in den Provinzen Jiangsu, Zhejiang, Sichuan, den regierungsunmittelbaren Städten Shanghai und Chongqing, sowie der Autonomen Region Guangxi aufgenommen. Langfristig plant die Zentralregierung ein „Credit Point“ Bewertungssystem für Bauunternehmer zu etablieren. Außerdem müssten Kader bei der Vergabe von Bauprojekten ab sofort Exper-

tengremien konsultieren und die Medien zu Diskussionsrunden einladen. Auch das Verfahren zur Übertragung von Landnutzungsrechten soll verbessert und transparenter gestaltet werden. Eine weitere Maßnahme richtet sich gegen Spekulanten, die bereits genehmigte Bauaufträge aus Profitgründen unnötig verzögerten. Diese sollen ab sofort ihre Landnutzungsrechte verlieren, erklärte das Bauministerium. (Xinhua, 6.5.04, nach BBC PF, 8.5.04; XNA, 9., 14.5.04; SCMP, 19., 27.5.04; ST, 19.5.04) -fs-

### 13 System staatlicher Pressesprecher ausgebaut

Chinesische Stadt- und Provinzregierungen ernannten im Mai eine ungewöhnlich große Zahl an staatlichen Pressesprechern. Das berichtete die *South China Morning Post* und bezeichnete die Entwicklung als regelrechte „Flut“. Seit im Oktober letzten Jahres die Stadt Nanjing (Provinz Jiangsu) als erste Lokalregierung eine Pressesprecherin eingestellt habe, seien unzählige örtliche Behörden dem Beispiel gefolgt. Das Informationsamt des Staatsrates (SCIO) habe in den vergangenen Monaten bereits Trainingskurse für über 250 Mitarbeiter von Ministerien und Lokalregierungen abgehalten, so das Blatt.

Die neue Welle von Anwerbungen und Weiterbildungsmaßnahmen ist Teil einer landesweiten Kampagne zur Verbesserung der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit (C.a., 2003/11, Ü 7). Wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua erklärte, kämen die lokalen Behörden mit ihren Maßnahmen dem Aufruf hochrangiger Parteistaatsvertreter wie Hu Jintao und Wen Jiabao nach. Die neue Führung habe in der Vergangenheit mehrfach einen verbesserten Informationsfluss gegenüber der Öffentlichkeit und eine transparentere Regierungsarbeit angekündigt. Die aktuelle Entwicklung sei im Zusammenhang mit dem „dreistufigen System zur Nachrichtenveröffentlichung“ der Regierung zu sehen, erläuterte der Leiter des SCIO, Zhao Qizheng. Ziel dieses Systems sei es, Pressekonferenzen im Hinblick auf ihre Zahl, Qualität und Glaubwürdigkeit auf drei Ebenen zu verbessern:

dem Staatsrat, den Ministerien und den Provinzregierungen.

Während die Zentralregierung die aktuelle Welle von Anwerbungen als klares Zeichen dafür wertet, dass sich die Informationspolitik der Volksrepublik positiv entwickle, sind viele Kommentatoren skeptischer. Staatliche Medien, wie etwa die *Guangming Daily*, bezeichneten die Entwicklung als reine Prestigemaßnahme. Tatsächlich sorgten die zusätzlichen Pressesprecher nicht für mehr Transparenz, sondern lieferten lokalen Regierungen lediglich bessere Möglichkeiten, die Medien mundtot zu machen, so die Ansicht der chinesischen Tageszeitung.

Auch ausländische Journalisten kritisieren Chinas Informationspolitik. Nach Angaben von Journalisten lässt das staatliche Informationssystem bislang noch stark zu wünschen übrig. Die meisten Pressesprecher besäßen nicht die Autorität, kritische Fragen zu beantworten, klagte etwa ein Journalist der französischen Nachrichtenagentur AFP in einem Interview mit Xinhua. Meistens lieferten die Sprecher lediglich Standardantworten oder würden Fragen umgehen. Bei dringenden Anfragen erhielten Reporter oft keinen Rückruf oder würden unnötig lange hingehalten, kritisierte ein Redakteur der *Straits Times*.

Das Problem sei, dass Regierungssprecher oft keine Erfahrung im direkten Umgang mit Journalisten hätten, zitiert Xinhua einen ehemaligen Pressesprecher des chinesischen Außenministeriums. Besonders die Konfrontation mit ausländischen Reportern würde viele Pressesprecher einschüchtern. Zhao Qizheng vom SCIO kündigte diesbezüglich an, dass sich die Situation mit wachsender Erfahrung der Pressesprecher, mit ausgiebigerem Training und klaren staatlichen Vorgaben rasch verbessern würde.

Das bisherige Trainingsprogramm des SCIO umfasst Fallstudien, praktische Übungen sowie Vorlesungen. Seit Mai werden die Weiterbildungsmaßnahmen der Regierung durch Vorträge des amerikanischen Beratungsunternehmens „Hill and Knowlton Public Relations Consulting“ ergänzt. Laut Angaben von Xinhua ist dies das erste Mal, dass ein ausländisches Unternehmen an der Ausbildung chinesischer

Pressesprecher beteiligt ist. (XNA, 18., 22., 26.5.04; SCMP, 24.5.04) -fs-

### 14 Beijing will Verkehrslage verbessern

Am 1. Mai verabschiedete die Stadtregierung Beijings ein Gesetz zu „Straßenverkehr und Straßensicherheit“. Ab sofort sollen Vergehen im Straßenverkehr mit härteren Strafen geahndet werden. Neben Autofahrern bezieht das Gesetz auch jene Fahrradfahrer und Fußgänger mit ein, die einen „reibungslosen Verkehrsfluss behindern“.

Mit der Gesetzgebung reagiere die Stadtverwaltung auf die rapide Verschlechterung der Beijinger Verkehrslage, so die Nachrichtenagentur Xinhua. Statistiken zufolge ist die durchschnittliche Verkehrsgeschwindigkeit in der Hauptstadt in den letzten zehn Jahren von 45 auf zum Teil sieben Kilometer pro Stunde gesunken. 40% der Beijinger stehen täglich auf dem Weg zur Arbeit bis zu einer Stunde im Stau. Das Beijinger Amt für Verkehrsverwaltung (BTMB) verzeichnet jeden Tag über 1.000 Verkehrsunfälle. Prozentual gesehen ist China das Land mit den meisten Verkehrstoten weltweit. Die schlechte Lage in der Hauptstadt ist nicht zuletzt angesichts der für 2008 geplanten Olympischen Spiele bedenklich.

Nach Meinung von Beobachtern ist vor allem das Fehlverhalten von Pkw-Fahrern für die Situation verantwortlich. Xinhua zitiert eine Internetstudie, die acht charakteristische „schlechte Angewohnheiten“ chinesischer Fahrer identifiziert – darunter mangelnde Verwendung des Blinkers, rücksichtsloses Verhalten gegenüber Fußgängern, zu schnelles Fahren bei nasser Straße und übermäßiger Einsatz der Hupe. Dem BTMB zufolge sind sich die meisten chinesischen Autofahrer ihrer Vergehen nicht bewusst. Gerade Fahranfänger würden die Straßenverkehrsordnung nicht oder nur schlecht kennen. Viele Fahrer würden darüber hinaus bewusst andere Verkehrsteilnehmer gefährden, da sie nicht mit einer Bestrafung rechneten, erklärte ein Sprecher des BTMB. Ein besonderes Problem sei Alkohol am Steuer. Fahren unter Alkoholeinfluss ist vielerorts gesellschaftlich akzeptiert – manche Versicherungsgesell-

schaften bieten etwa Policen an, die bei selbstverursachten Straßunfällen unter Alkoholeinfluss Schadensersatz gegenüber Dritten übernehmen (C.a., 2003/9, Ü 17).

Kommentatoren bezweifeln, dass die neue Gesetzgebung gegen Verkehrs-sünder die Lage in der Hauptstadt verbessern wird. Das primäre Problem sei nicht die Straßensicherheit, sondern die rapide wachsende Zahl an Privatfahrzeugen. Während die Infrastruktur in Beijing jährlich etwa um 3% ausgebaut werde, steige die Zahl der Fahrzeuge im gleichen Zeitraum um gut 15%. Diesem Trend müsse mit höheren Parkgebühren und einem Verkehrsleitsystem begegnet werden, forderte in einer Xinhua-Meldung Zhang Guowu, Professor an der Verkehrsuniversität Beijing. „Außerdem sollte die Regierung die Bevölkerung darin bestärken, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen“, so Zhang. Bisher bewältigt das U-Bahnsystem Beijings lediglich 5% des städtischen Personennahverkehrs. In vergleichbar großen Metropolen liegt diese Zahl deutlich höher, etwa in Tokyo (80%), Paris (70%) oder Moskau (55%).

Die Stadtregierung hat bereits mehrere Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrssystems angekündigt. Im März veröffentlichte Bürgermeister Wang Qishan einen Stadtentwicklungsplan mit dem Titel „Perfektionierung der zwei Achsen, Entwicklung zweier Ringstraßen und Aufbau multipler Zentren“. Ziel des Planes ist es, verschiedene Vororte (wie etwa die Distrikte Tongzhou und Shunyi) zu eigenständigen Satellitenstädten auszubauen. Mit individuellen Geschäftsbereichen sowie Bildungs-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen sollen sie den Pendelverkehr in die Hauptstadt reduzieren. Gleichzeitig sind kostenfreie „Park-and-ride-Plätze“ entlang der äußeren Ringstraßen geplant. Zusätzlich befinden sich bereits mehrere neue U-Bahnlinien im Bau (C.a., 2003/10, Ü 11). Das BTMB rechnet damit, den Personennahverkehr bis zum Jahr 2010 zu 60% auf öffentliche Verkehrsmittel verlagern zu können. Das erklärte Anfang Mai der Vizepräsident des Amtes, Liu Xiaoming. Dass die Lage tatsächlich bis zu den Olympischen Spielen verbessert werden kann, bezweifeln Kommentatoren

bislang jedoch. (Mehrere Meldungen nach XNA, 1.5.04) -fs-

## 15 Stärkere Parteikontrolle in Militärgremien

Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua verkündete die Zentrale Militärkommission (ZMK) Anfang Mai, mit einer neuen Bestimmung die Parteikontrolle über die Armee stärken zu wollen. Das Dokument trägt den Titel „Verordnung zur Arbeit von Parteikomitees in den Streitkräften“ und ist zunächst zur probeweisen Durchführung vorgesehen. Laut Xinhua soll es sich um die erste Vorschrift dieser Art in der Geschichte der Volksrepublik handeln.

So weit aus dem offiziellen Bericht hervorgeht, enthält die Anordnung sieben Kapitel mit insgesamt 33 Artikeln. Ziel der Bestimmung ist, die Arbeit der Parteikomitees auf den verschiedenen Ebenen der Armee zu vereinheitlichen. So werden etwa die Aufgaben der Plenarsitzungen der Parteikongresse der verschiedenen Ebenen, der Ständigen Ausschüsse sowie der Sekretäre und Mitglieder der Parteikomitees innerhalb der Streitkräfte festgelegt. Insgesamt sollen die Parteikongresse von nun an mehr Befugnisse erhalten, etwa hinsichtlich der Ernennung von Offizieren oder der militärischen Ausgaben. Mit diesem Schritt folgt die CMC den Vorgaben des XVI. Parteitags der KPCh im November 2002, wo eine Stärkung der Parteikongresse aller Ebenen gefordert wurde (C.a., 2002/12, S.1411).

Des Weiteren liefert das Dokument eine achtstufige Prozedur für Entscheidungsprozesse innerhalb der Parteikomitees, welche von der Themenfestlegung über die Abstimmung bis hin zur Verabschiedung von Resolutionen reicht. Xinhua bezeichnete die Bestimmung als ein „in sich abgestimmtes, absolut vollständiges und in stärkstem Maße anwendbares Arbeitssystem“. (XNA, 9.5.04; Xinhua, 9.5.04, nach BBC PF, 10.5.04) -fs-

## 16 Zentrale wappnet sich gegen Instabilität

Einer ungesicherten Meldung aus Hongkong zufolge soll bereits Mitte

April in der Hauptstadt eine spezielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von „Notstandssituationen“ ins Leben gerufen worden sein. Als Mitglieder des neuen Gremiums wurden unter anderem die Politbüromitglieder Hu Jintao, Jiang Zemin, Zeng Qinghong, Wu Bangguo, Wen Jiabao und Luo Gan, Guo Boxiong und Cao Gangchuan genannt.

Wie die Beijing-kritische Monatszeitschrift *Zhengming* im Mai meldete, trägt die neu eingerichtete Arbeitsgruppe die Bezeichnung „Führungsarbeitsausschuss beim ZK der KPCh und beim Staatsrat für Notstandssituationen“ (*Zhonggong zhongyang guojia jinji zhuangtai lingdao gongzuo weiyuanhui*). Dieser habe die Aufgabe, die Koordination der Streitkräfte im Falle eines unvorhergesehenen Zwischenfalles zu übernehmen, so die Zeitschrift. Das Blatt nennt zahlreiche Situationen, die als „Notstand“ zu klassifizieren seien – darunter regionale politische Unruhen, gewalttätige Ausschreitungen und Putschversuche. Auch die Möglichkeit einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans sowie militärische Intervention durch ausländische Mächte werden als mögliche Gefahren genannt. Im Falle einer Krise soll das neue KPCh-Arbeitskomitee die Befehlsgewalt über die gesamten chinesischen Streitkräfte erhalten. Um für einen möglichst hohen Grad an Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit zu sorgen, bestehe die Arbeitsgruppe aus fünf eigenständigen Sektionen, die jeweils im Ernstfall die Führung des Militärs übernehmen könnten.

Die Gründung des Komitees wurde etwa einen Monat vor dem 15. Jahrestag der Tiananmen-Ereignisse bekannt. Ausländische Beobachter gehen davon aus, dass sich Partei und Regierung anlässlich dieses Datums in erhöhter Alarmbereitschaft befinden. Berichten der *Straits Times* zufolge wies die chinesische Zentralregierung ihre Mitarbeiter auf allen Ebenen an, gegenüber „Anzeichen von Instabilität“ wachsam zu sein. Einer anonymen Quelle zufolge warnte die Regierung vor folgenden neun potenziellen Instabilitätsfaktoren:

1. öffentliche Forderungen nach einer Neubewertung der Tiananmen-Proteste

2. Aktivitäten der Falungong-Bewegung
3. Petitionen von entlassenen Staatsangestellten, enteigneten Bauern oder arbeitslosen Hochschulabsolventen
4. terroristische Aktivitäten durch militante ethnische Minderheiten
5. Bewegungen für ein unabhängiges Taiwan
6. Bewegungen für mehr Demokratie in Hongkong
7. Nutzung des Internets zur Verbreitung von Gerüchten oder zur Überhöhung wirtschaftlicher Probleme
8. Religiöse Infiltrationsversuche durch ausländische Mächte
9. Verbreitung eines „bourgeois Liberalismus“

Die Regierung soll alle Medien- und Regierungsorgane angewiesen haben, verdächtige Aktivitäten umgehend zu melden. (ZM, Mai 04, S.10-12; ST, 4.6.04) -fs-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 17 Weltbank-Konferenz zur Armutsbekämpfung in Shanghai

Ziel der Weltbank-Konferenz am 26. und 27. Mai in Shanghai, die über 800 Teilnehmer aus dem In- und Ausland anzog, war die Evaluierung von „best practices“ zur effektiveren Bekämpfung der weltweiten Armut. Anhand von über 70 Fallbeispielen diskutierten Praktiker und Politiker über die Erfolgsaussichten von Projekten und Strategien zur Armutsbekämpfung sowie die Möglichkeiten, mit den ohnehin knappen Ressourcen die 2,8 Mrd. Menschen aus der Armut herauszuführen, die von weniger als 2 US\$ am Tag leben müssen, also über die Hälfte der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Armutsbekämpfung ist das erste von 8 Millenniums-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDG), die 1995 auf dem Weltsozialgipfel mit der „Agenda 21“ zu den

zentralen developmentpolitischen Zielen der Weltgemeinschaft und zur Aufgabe internationaler Organisationen erklärt wurden. Weitere MDG sind die Verbreitung universeller Elementarbildung, Gender-Gleichheit und Empowerment von Frauen, Reduktion der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheit der Mütter, der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, die Sicherung der Nachhaltigkeit in der Umwelt sowie die Ausweitung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung. Angestrebt wird, die Zahl der armen Menschen des Jahres 1990 bis zum Jahre 2015 zu halbieren.

In der Verfolgung dieses Ziels ist die Welt nach den Aussagen der Weltbank, wie z.B. im Weltentwicklungsbericht 2000/1 *Bekämpfung der Armut*, bereits auf einem guten Wege. Und auch der Weltbank-Präsident James Wolfensohn erklärte auf einer Pressekonferenz vor Beginn der Konferenz, dass die Zahl der Armen in den letzten drei Dekaden wesentlich reduziert werden konnte. Dabei sind die Entwicklungstrends aber sehr ungleichmäßig: Während sich eine deutliche Verbesserung der Armutssituation in Ostasien abzeichnet – abgesehen von der Lage in Nordkorea –, wächst die Armut in anderen Regionen der Welt, besonders in Subsahara-Afrika, Süd- und Zentralasien sowie in Osteuropa; die Hälfte aller Afrikaner lebt von weniger als 1 US\$ am Tag.

China gehört zu den Hoffnungsträgern der Weltentwicklung und die Konferenz diente u.a. dem Ziel, die Lektionen herauszuarbeiten, die die „chinesische Formel“ der Armutsbekämpfung anbietet. „You’ve taken 420 million people out of poverty. I would say that’s a pretty good record“, lobte Wolfensohn die Gastgeber auf der erwähnten Pressekonferenz, „I wouldn’t fool with the formula. It seems to be working and that’s the reason we’re here“. (WSJ, 25.5.04)

#### ARMUTSBEKÄMPFUNG IN CHINA

Die chinesische Führung maß der Konferenz dementsprechend eine hohe Bedeutung zu, konnte sie China doch als erfolgreiches Beispiel für entschlossenes und erfolgreiches Vorgehen in der Armutssenkung vor einem internationalen Publikum präsentieren. Wenn die Weltbank (WB) im Jah-

re 2015 die MDG zur Halbierung der Armut in Asien erreichen wird, dann wegen der chinesischen Erfolge. Nach Weltbankangaben – die Chinesen selbst rechnen mit einer niedrigeren Armutsgrenze und kommen daher zu niedrigeren Zahlen – konnte die Zahl der Armen in China von 490 Mio. im Jahre 1981 auf 88 Mio. heute verringert werden. Ein wesentlicher Grund dafür, so der WB-Chefökonom Homi Kharas, war der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und die niedrigen Marktpreise für Lebensmittel sowie die Tatsache, dass sich auch lokale Regierungen und Unternehmer an der Umsetzung der in Beijing beschlossenen Politik beteiligten („China’s success inspires envy and awe“, IHT, 28.5.04).

China selbst schreibt seine großen Erfolge bis Mitte der 90er Jahre vor allem seiner entwicklungsorientierten Wirtschaftspolitik zu, ein explizites Programm zur Armutsbekämpfung wurde erst 1994 mit dem „8-7 Angriffsplan zur Beseitigung der Armut“ (*Guojia baqi fupin gongjian jihua*) bekannt gegeben, der vorsah, innerhalb der nächsten sieben Jahre bis zum Ende des Jahrtausends die verbleibenden 80 Mio. Arme auf dem Lande aus der Armut zu befreien. Der 8-7 Plan war das erste umfassende Programm der gezielten Armutsbekämpfung, das sich nicht nur ein ambitioniertes Ziel setzte, sondern auch die entsprechenden Maßnahmen zu seinem Erreichen vorsah: eine Stärkung staatlicher Institutionen und die Festlegung von Verantwortlichkeiten, die Ausweitung der finanziellen Mittel und ihren effektiven Einsatz sowie die Mobilisierung weiterer (auch gesellschaftlicher) Ressourcen. Das Ziel, die Armut bis zum Jahre 2000 zu beseitigen, stand im Einklang mit der von Deng Xiaoping erhobenen Forderung, bis zum Ende des Jahrhunderts in China einen Lebensstandard des „bescheidenen Wohlstands“ zu erreichen. Wenn die chinesische Führung im Jahr 2001 dieses Ziel auch als „im Grunde“ erfüllt ansah, so musste sie doch zugleich eingestehen, dass es immer noch „Inseln der Armut“ gab. Selbst nach den Berechnungen auf der Grundlage der sehr niedrigen chinesischen Armutsgrenze gab es immer noch 30 Mio. Arme. Die Schlussfolgerung daraus war, dass die Beseitigung der Armut in China eine lang-